

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

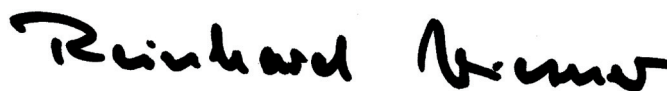
früher als ursprünglich angekündigt, will der Bundesfinanzminister einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und auch die kommunalen Einnahmequellen – allen voran die Gewerbesteuer – sprudeln. Gehören damit die Haushaltskonsolidierung und die vielerorts rigiden Formen der Budgetierung der Jugendhilfehaushalte der Vergangenheit an? Immerhin macht die Stadt Heilbronn Schlagzeilen, wenn sie verkündet, künftig generell auf Elternbeiträge bei der Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zu verzichten. Schlagzeilen ganz anderer Art macht eine ostdeutsche Großstadt. „Halle will 314 Kinder aus Heime holen“ so titelt die Bild-Zeitung vom 21. September und man wird an das Motto der Heimkampagne „Holt die Kinder aus den Heimen“ aus den späten 60er Jahren erinnert. 314 Kinder – das ist die Gesamtzahl aller Kinder und Jugendlichen, die in Halle in Heimen untergebracht sind. Der Versuch der Oberbürgermeisterin, diese Absicht zu dementieren scheiterte, war doch längst eine Dienstanweisung bekannt geworden, die genau dieses Ziel vorgab. Dort heißt es „Das Ziel der Dienstanweisung ist die Rückführung aller (!) Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.09.07 unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls“. In der Anlage zur Dienstanweisung wird eine Modellrechnung vorgestellt, die von einer Rückkehr von 90 % der Kinder und Jugendlichen in die Familien ausgeht. Für die Umsetzung dieser Vorgaben lässt die Dienstanweisung den Fachkräften des Jugendamts vier Wochen (!) Zeit.

Offensichtlich ist Halle pleite – denn etwa 75 % der „eingesparten“ Kosten sind als Deckungsbeitrag für den Haushalt einzusetzen, die verbleibenden 25 % „können dementprechend zur Unterstützung der Familiensysteme eingesetzt werden“, wie es gönnerhaft in der Anlage zur Dienstanweisung heißt.

Dass der wirtschaftliche Aufschwung bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei Kreisen und Städten ganz unterschiedlich ankommt, ist bekannt und illustriert das Dilemma von Kreisen und Städten, dennoch – unabhängig von der Haushaltssituation – gesetzliche Ansprüche erfüllen zu müssen, zu denen auch die Hilfe zur Erziehung gehört. So steht Halle mit seiner Situation nicht allein in Deutschland. Sowohl in westlichen wie in östlichen Bundesländern gibt es Kommunen, deren Haushalte der staatlichen Genehmigung bedürfen. Die Sorge, viele Eltern und Kinder würden aus fiskalischen Gründen die bedarfsgerechte Hilfe nicht erhalten, die ihnen gesetzlich zusteht, ist daher weit verbreitet. Und dennoch sprengt die Aktion in Halle alles, was bisher an Streichkonzerten unter dem Thema Haushaltskonsolidierung bekannt geworden ist.

Dass schon in den vergangenen Jahren Heimerziehung nur in gut begründeten Fällen als „Ultima Ratio“ „genehmigt“ wurde und oftmals erst der Zustimmung des Landrates oder des Dezernenten bedurfte, darf als bekannt gelten. Zudem lehrt ein Blick in das Gesetz, dass das Jugendamt im Rahmen seiner Steuerungsverantwortung in regelmäßigen Abständen den Hilfebedarf überprüfen und ggf. „nachsteuern“ muss, also auch eine Heimerziehung, wenn sie nicht mehr erforderlich ist, beenden muss. Dass das Jugendamt in Halle dieser Pflicht in der Vergangenheit nachgekommen ist, darf bis zum Beweis des Gegenteils unterstellt werden. Aus der bundesweiten Praxis wird immer wieder berichtet, dass die Bewilligungszeiträume für stationäre Hilfen verkürzt und Kinder und Jugendliche (zu) früh aus Heimen entlassen werden. Wie es angesichts dieser Ausgangslage verantwortbar sein soll, 90 % der Kinder und Jugendlichen innerhalb von vier Wochen nach Hause (zu ihren offensichtlich erziehungsunfähigen Eltern) zu schicken, bleibt das Geheimnis der Oberbürgermeisterin bzw. des Stadtrates. Jetzt sollen es „vernetzte lokale Präventionsstrukturen“ richten! Mit solchen Vorgaben wird nicht nur die fachliche und damit auch finanzielle Verantwortung des Jugendamtes torpediert, sondern es werden die Rechte von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern mit Füßen getreten. Leider sind nur wenige von ihnen souverän genug, diese Rechte auch gerichtlich einzuklagen. Auch finanziell sind solche Aktionen kontraproduktiv, da sie zwar vordergründig den aktuellen jährlichen Haushalt entlasten, mittelfristig aber zu wesentlich höheren „Investitionskosten“ führen. Offensichtlich sind wir bei der Lösung der Frage, wie man die Jugendhilfe wetterfest macht, damit sie gerade in Krisenzeiten leistungsfähig bleibt und alle Kinder und Eltern bedarfsgerechte Leistungen erhalten, noch nicht weitergekommen. Oder ist der Haushalt für die Feuerwehr auch konjunkturabhängig?

Ihr



Reinhard Wiesner

